

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuss

16. WP – 14. Sitzung

am Mittwoch, dem 8. Februar 2006, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Astrid Höfs (SPD)

Vorsitzende

Niclas Herbst (CDU)

Hartmut Hamerich (CDU)

Monika Schwalm (CDU)

in Vertretung von Susanne Herold

Manfred Ritzek (CDU)

Rolf Fischer (SPD)

Hans Müller (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Anne Lütkes (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Peter Sönnichsen (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Maritimes Cluster Schleswig-Holstein	4
Berichterstatter: St de Jager	
2. Bericht der Landesregierung zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Dänemark, Weiterentwicklung des Regionalrates und zum Besuch des Ministerpräsidenten in Dänemark im Januar 2006	7
Berichterstatter: St Maurus	
3. Stand der Vorbereitung für das 4. Parlamentsforum Südliche Ostsee vom 21. bis 23. Mai 2006 in Kiel	11
Berichterstatter: LP Kayenburg	
4. Berichte über die	13
BSSSC-Jahreskonferenz, 20. bis 22.10.2005 in Szczecin (Stettin, Polen)	
Berichterstatter: Abg. Herbst	
„Arbeitsgruppe Eutrophierung“ der Ostseeparlamentarierkonferenz, 1. Arbeitsgruppensitzung am 10./11. Januar 2006 in Helsinki	
Berichterstatter: Abg. Bernstein	
5. Verschiedenes	15

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Maritimes Cluster Schleswig-Holstein

Berichterstatter: St de Jager

Zu Beginn der Sitzung berichtet St de Jager über das Maritime Cluster Schleswig-Holstein. Er führt aus, die maritime Wirtschaft und Wissenschaft gehörten zu den originären Stärken des Landes Schleswig-Holstein. Man habe eine Potenzialanalyse durchgeführt, die regelmäßig aktualisiert werden solle, aus der hervorgehe, dass die maritime Wirtschaft in Schleswig-Holstein einen Anteil von 8,3 % am Bruttonationaleinkommen habe, aber im Wettbewerb mit anderen Ländern stehe. Die Potenzialanalyse stelle hohe Wachstumsraten für die maritime Wirtschaft fest, zum Beispiel für die Schifffahrt 31 % und für den maritimen Tourismus 20 %. Das Maritime Cluster versuche, die 1.400 schleswig-holsteinischen Unternehmen mit circa 45.000 Beschäftigten zu bündeln, die einen Umsatz von 5,5 Milliarden € erwirtschafteten. Zum Maritimen Cluster gehörten auch Forschungseinrichtungen, zum Beispiel das Leibniz-Institut für Meereswissenschaften, die GKSS und die Forschung an schleswig-holsteinischen Hochschulen. Im Herbst sei mit einer Entscheidung über eine Förderung des maritimen und des Entzündungs-Exzellenzclusters zu rechnen. Schleswig-Holstein sei Sitz jeder vierten deutschen Reederei und jeder fünften deutschen Werft. Zudem gebe es in Schleswig-Holstein den größten marinen Nationalpark Europas und die meist befahrene Wasserstraße der Welt, den Nord-Ostsee-Kanal, die auch ein großer direkter und indirekter Arbeitgeber sei.

In Schleswig-Holstein gebe es darüber hinaus 40 Häfen, die jährlich 50 Millionen Bruttotonnen Güter abwickelten, wovon die Hälfte auf Lübeck entfalle. Im Seeverkehr gebe es Wachstumspotenziale in den Bereichen Logistik, Service und Dienstleistungen. Schiffbau und Schiffbauindustrie erlebten zurzeit eine erfreuliche Renaissance. Im Jahr 2005 seien 14 Schiffsneubauten ausgeliefert worden, unter anderem das eisrandfähige Forschungsschiff Maria S. Merian. In der Rangfolge der maritimen Zulieferindustrie belege Schleswig-Holstein nach Baden-Württemberg und Hamburg den dritten Platz. Schleswig-Holstein sei ein authentischer Standort für maritime Wirtschaft und Wissenschaft.

Das übergeordnete Ziel der Landesregierung sei, die Schaffung von Arbeitsplätzen zu unterstützen und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu erhöhen.

St de Jager erläutert anhand mehrerer Projekte die Landesinitiative „Zukunft Meer“, die vom maritimen Koordinator, Prof. Herzig, geleitet werde. Das maritime Clustermanagement arbeite besonders an einer Verbesserung der Kooperationsfähigkeit der Unternehmen und an einer besseren Teamfähigkeit. Ein positives Beispiel für die Teamfähigkeit sei das Nordsee-Monitoring-System, ein Frühwarnsystem für Tsunamis, das in der Nordsee getestet werde.

Weitere Beispiele seien das Institut für maritime Wirkstoffforschung sowie die Gesellschaft für marine Aquakultur. Im Jahr 2006 werde außerdem zum ersten Mal der Elisabeth-Mann-Borgese-Preis verliehen, zum einen an eine bekannte Persönlichkeit und zum anderen an einen Nachwuchswissenschaftler.

Auf eine Nachfrage des Abg. Müller führt St de Jager aus, an der maritimen Wirkstoffforschung seien Mediziner der CAU beteiligt. Man versuche auch, eine Verbindung zu einer Forschergruppe aus Lübeck herzustellen, Ziel sei eine möglichst gute Vernetzung innerhalb Schleswig-Holsteins.

Auf eine weitere Nachfrage erläutert St de Jager, es gebe Kooperationen mit Institutionen anderer Länder, so existiere eine Zusammenarbeit des schleswig-holsteinischen Meeresforschungsinstituts mit dem Alfred-Wegener-Institut in Bremen. Die führenden Meeresforschungsinstitutionen seien jedoch ein kleiner Kreis, was die Zahl der möglichen Kooperationspartner reduziere.

St de Jager führt aus, es gebe in Bezug auf die Finanzierung die berechtigte Sorge, dass das Europäische Parlament die Meeresforschung nicht in ausreichender Weise berücksichtige. Man müsse dafür Sorge tragen, dass Gelder auch weiterhin zur Verfügung stünden. Zudem müsse man auch auf Bundesebene hinsichtlich der Forschungsförderung darauf achten, dass kein Nord-Süd-Gefälle entstehe. Forschungsschwerpunkte der nördlichen Bundesländer müssten auch weiterhin durch die Bundesregierung gefördert werden.

Abg. Ritzek legt dar, es habe eine Aussage der zuständigen EU-Kommissarin, Frau Hübner, gegeben, dass der Bereich maritime Wirtschaft als von der EU zu fördernder Bereich gelte. - St de Jager erklärt, so eine ausdrückliche Zusage habe es seines Wissens nach nicht gegeben, und weist darauf hin, dass noch weitere Aktivitäten vonnöten seien, um eine Förderung durch die EU zu sichern.

Abg. Spoorendonk interessiert, inwiefern die Landesregierung Pläne habe, Forschung und Investition im Bereich der Werften zu fördern. – St de Jager legt dar, man wolle Innovationen fördern. Aus diesem Grunde unterstütze die Landesregierung zum Beispiel auch Schiffssicherheitskonzepte.

St de Jager bestätigt Abg. Fischer, dass der Einfluss Schleswig-Holsteins auf die Meerespolitik der Europäischen Union inzwischen recht groß sei.

Die Kooperation mit Hamburg im Bereich der Meeresforschung sei nicht sehr groß, Schleswig-Holstein sei auf diesem Gebiet in Norddeutschland führend. Bei der Schiffstechniken gebe es zwischen beiden Bundesländern eine enge Kooperation und eine Interessensidentität. Er teile die Auffassung, dass man darauf achten müsse, dass Schleswig-Holsteins Interessen im Bund ausreichend vertreten seien.

Abg. Müller interessiert, welche Konsequenzen die Landesregierung aus der Tatsache ziehe, dass 50 % des schleswig-holsteinischen Güterverkehrs über den Hafen Lübeck abgewickelt würden. – Darauf führt St de Jager aus, man könne an der Entwicklung Lübecks sehen, dass es sehr darauf ankomme, wie sich ein Hafenstandort positioniere und weiterentwickle. Die Politik müsse sich ihrerseits darauf einstellen, dass es Umschlagsspitzen in einzelnen Häfen des Landes gebe.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Dänemark, Weiterentwicklung des Regionalrates und zum Besuch des Ministerpräsidenten in Dänemark im Januar 2006

Berichterstatter: St Maurus

Einleitend führt St Maurus aus, mit der Regionalreform in Dänemark werde das Land zukünftig in vier große Regionen unterteilt. Dies habe Auswirkungen auf den Regionalrat Sønderjylland/Schleswig. Fest stehe bisher, dass er verkleinert werde. Zudem solle der Regionalrat in die Entscheidungen über den Einsatz von INTERREG-Mitteln eingebunden werden. In einem neuen Regionalrat solle die Landesregierung eine größere Rolle spielen. Die dänische Seite habe eine Einbindung der deutschen Minderheit in Dänemark zugesichert.

Die Reise des Ministerpräsidenten und des Europaministers sei als Erfolg zu verbuchen gewesen. Der Besuch sei in Dänemark sehr hochrangig begleitet worden und man habe Gelegenheit gehabt, mit verschiedenen Kabinettsmitgliedern zu sprechen.

Bei den Gesprächen habe man vor allem folgende Themenkomplexe angesprochen. Zur Grenzregion allgemein habe der Ministerpräsident klar gemacht, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit für die Landesregierung weiterhin einen besonderen Stellenwert haben werde. Die dänische Seite habe betont, zukünftig das „deutsche Hinterland“ für wirtschaftliche Entwicklungen nutzen zu wollen. Man habe auch Probleme thematisiert, zum Beispiel die unterschiedlich hohen Arbeitslosenzahlen auf deutscher und dänischer Seite. In diesem Zusammenhang müsse man Verwaltungshürden für die Grenzpendler möglichst abbauen. Ein erster Schritt sollte die Einrichtung von Beratungsstellen sein. Hierzu werde das Europaministerium noch Vorschläge machen. In Flensburg und Tondern sollten jeweils eine Beratungsstelle für Grenzpendler eingerichtet werden.

Man wolle auf der deutschen Seite zudem ein Pendant zu den Wachstumsforen schaffen, der Wirtschaftsminister habe schon an mehreren Terminen hierzu in der Grenzregion teilgenommen. Ziel sei es, Leuchtturmprojekte zu definieren, die das Wirtschaftswachstum förderten und einen positiven psychologischen Effekt hätten. Es gebe Klagen vonseiten der Wirtschaft, dass auf der dänischen Seite mehr für die Wirtschaft getan werde als auf der deutschen Seite. Man wolle jetzt versuchen, Wachstumspotenziale zu generieren und nachhaltige Arbeitsplätze zu schaffen. Die Ausgangslage sei nicht schlecht, es bedürfe aber noch größerer Motivation.

Beispielhaft nennt er eine Hafenkooperation zwischen Esbjerg, Husum und Fuhlsbüttel, besonders im Offshorebereich.

Der Ministerpräsident habe vorgeschlagen, ein gemeinsames deutsch-dänisches maritimes Cluster zu erschließen. Im Bereich der Aquakultur sei Dänemark schon viel weiter als Deutschland. Auch in der Muschelfischerei gebe es in Dänemark weiter fortgeschrittene Möglichkeiten, um Ertragssicherheit zu gewährleisten. Im Alfred-Wegener-Institut auf List gebe es ein Projekt, das sich mit Algen als Lebensmittel auseinander setze.

Ein weiteres Thema, das angesprochen worden sei, sei der grenzüberschreitende Tourismus, der weiter entwickelt werden müsse, sowie grenzüberschreitende Public-Private-Partnership-Projekte.

Die Förderung dieser Projekte solle im Doppelhaushalt 2007/2008 im Rahmen des Schleswig-Holstein-Fonds veranschlagt werden. Ein deutsch-dänischer Kongress, auf dem diese und weitere Themen erörtert werden sollten, sei für das letzte Quartal dieses Jahres terminiert.

Auch das Thema Minderheiten sei thematisiert worden. Es gebe ein klares Bekenntnis zu einer aktiven Minderheitenpolitik auf beiden Seiten. Bei der Finanzierung der Minderheitenförderung habe die dänische Seite auf ihre eigenen Leistungen hingewiesen und darum gebeten, diese Förderung auf beiden Seiten anzugleichen. Man habe auch noch einmal betont, dass Minderheitenförderung keine Subvention sei. Der Ministerpräsident werde dies bei seinem Gespräch mit der Bundeskanzlerin und dem Bundesfinanzminister ebenfalls ansprechen.

In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass sich der Landtagspräsident mit einer Resolution an die Bundesregierung gewandt habe, die von der Landesregierung voll unterstützt werde.

LP Kayenburg ergänzt, er habe das Thema Minderheitenfinanzierung aufgegriffen und ein Schreiben an die Bundeskanzlerin sowie die zuständigen Häuser des Bundestages gerichtet. Dem Ministerpräsidenten sei eine Kopie dieses Schreibens zugegangen, damit er in den Gesprächen auf Bundesebene darauf Bezug nehmen könne. Selbstverständlich werde dieses Schreiben auch den Fraktionen des Landtages zur Kenntnis gegeben.

St Maurus nennt als weiteres Gesprächsthema des Besuchs des Ministerpräsidenten in Dänemark das Thema Schülerförderung, das im Dezember vom Folketing zufrieden stellend für beide Seiten gelöst worden sei. Die dänische Regierung wünsche sich jetzt im Gegenzug auch Planungssicherheit für die dänische Minderheit im Landesteil Schleswig.

Man habe auch noch einmal über die Fehmarnbelt-Querung gesprochen, dieses Thema werde sehr intensiv von der dänischen und schwedischen Wirtschaft verfolgt. Auch die 20-prozentige EU-Förderung für dieses Projekt sei noch einmal angesprochen worden. Wichtig sei, dass die infrastrukturelle Verkehrsanbindung gewährleistet sei. Der Ministerpräsident habe in den Gesprächen betont, dass die Fehmarnbelt-Querung von besonderem Interesse für die norddeutschen Länder sei, besonders für Schleswig-Holstein.

St Maurus informiert über ein Treffen des dänischen Verkehrsministers Flemming Hansen und Minister Austermann am 26. Februar 2006 auf Fehmarn, um dort eine Studie über regionale Effekte der Querung vorzustellen. Im Hinblick auf die Finanzierung habe er den Eindruck, dass man seit 1992 nicht viel weitergekommen sei. Wenn man von einer Realisierung des Vorhabens im Jahr 2016 oder 2017 ausgehe, müssten jetzt weitere Schritte erfolgen. Die Gesamtkosten des Baues beliefen sich laut Fehmarnbelt Development Joint Venture – Stand: Juni 2004 - auf 4,3 Milliarden €, unter Berücksichtigung der Zinsen auf 5,2 Milliarden €. Die jährlichen Instandhaltungskosten lägen danach bei 48 Millionen €. Die Hinterlandanbindung solle aus den nationalen Haushalten finanziert werden, für Deutschland seien 1,2 Milliarden € und für Dänemark 0,8 Milliarden € veranschlagt.

Abschließend erklärt er, man habe für das laufende Jahr noch mehrere Aktionen zum Thema grenzüberschreitende Zusammenarbeit geplant, unter anderem auch ein Gespräch mit Gemeindevertretern aus der Grenzregion. Im Sommer 2006 sei gemeinsam mit Hamburg beabsichtigt, die Öresundregion in die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit einzubinden.

Abg. Dr. Klug interessiert, wie das Treffen der Kreisvertreter am 16. November 2005 mit dem Ministerpräsidenten verlaufen sei. – St Maurus führt aus, die Befürchtungen, der Regionalrat werde nicht mehr so eingebunden, wie das bisher der Fall gewesen sei, habe man zerstreuen können. Die Kreise blieben weiterhin eingebunden, auch wenn sich das Land stark engagiere. Man brauche handlungs- und funktionsfähige Strukturen, das Land könne sich nicht aus der Verantwortung zurückziehen.

Abg. Spoorendonk dankt für die ausführliche Berichterstattung und betont das wichtige Signal des Besuchs des Ministerpräsidenten. In dem Zusammenhang mit der Fehmarnbelt-Querung weist sie auf Infrastrukturmaßnahmen hin, die nicht im Zusammenhang mit der Querung stünden, aber nicht der Verkehrsanbindung an die Querung geopfert werden dürften.

Auf eine Nachfrage von ihr führt St Maurus aus, die Landesregierung werde den Ausschuss über die künftige Struktur der Fördermittel-Vergabe, zum Beispiel der INTERREG-Mittel, auf dänischer Seite informieren, sobald die Landesregierung dazu nähere Erkenntnisse habe.

Abg. Fischer plädiert dafür, in Zukunft bei Entscheidungen in der Grenzregion verstärkt auch die Landesebene mit einzubeziehen und begrüßt die Aktivitäten der Landesregierung. Er weist darauf hin, dass die Landesregierungen auch in der Metropolregion eine große Rolle spielten.

Abg. Ritzek möchte wissen, ob der Begriff der Grenzregion genau definiert sei, was einen Unterschied in der Wahrnehmung der Probleme bedeuten könnte. – St Maurus antwortet, es gebe in den INTERREG-Förderrichtlinien Definitionen, die er dem Ausschuss gern zukommen lassen werde.

Im Hinblick auf die Zusammenarbeit auf Bildungs- und Forschungsebene weist Abg. Spoo-
rendonk auf die Kooperation der Syddansk Universitet und der Universität Flensburg hin. Diese Zusammenarbeit müsse jedoch für beide Seiten attraktiv sein. Im Moment gebe es nördlich der Grenze sehr viel Bewegung, was man auch in Schleswig-Holstein verstärkt berücksichtigen sollte.

Abg. Fischer regt an, die immer stärker zurückgehende Nachfrage nach dem Lernen der deutschen Sprache in Dänemark im Gespräch mit Vertretern des Landes zu thematisieren.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Stand der Vorbereitung für das 4. Parlamentsforum Südliche Ostsee vom 21. bis 23. Mai 2006 in Kiel

Berichterstatter: LP Kayenburg

LP Kayenburg informiert über den Stand der Vorbereitungen für das 4. Parlamentsforum Südliche Ostsee vom 21. bis 23. Mai 2006 in Kiel auf der Grundlage des als Tischvorlage vorgelegten Entwurfs des Programms für die Konferenz. Er weist darauf hin, dass das 4. Parlamentsforum Schleswig-Holstein als Gastgeber eine gute Gelegenheit zur Repräsentation als Wirtschaftsstandort biete und die Ergebnisse der Konferenz sowohl für das Parlament als auch für das Land wichtig seien.

In einem kurzen Rückblick geht er auf die Entwicklung des Parlamentsforums Südliche Ostsee ein und stellt fest, seit dem ersten Forum in Hohwacht sei viel passiert und nach und nach hätten sich Interessenschwerpunkte der Regionen herausgebildet. Einer dieser Schwerpunkte sei die integrierte europäische Meerespolitik, die auch das Leitthema des Forums im Mai 2006 in Kiel sein werde. Der Europaausschuss habe hierzu eine gute Vorarbeit geleistet, unter anderem durch die umfassende Anhörung zum Thema Meerespolitik in der 15. Legislaturperiode. Dass dieses Thema zurzeit auch auf der Agenda der Europäischen Union ganz weit oben stehe, sei nicht zuletzt der Verdienst der schleswig-holsteinischen Landesregierung. Das Parlament wolle diesen Prozess auf europäischer Ebene auch weiterhin aktiv begleiten und unterstützen.

Der den Ausschussmitgliedern vorliegende Entwurf für das Programm des 4. Parlamentsforums Südliche Ostsee in Kiel sei mit den Partnerregionen abgestimmt worden. LP Kayenburg stellt sodann kurz die drei Sitzungsabschnitte „Integrierte EU-Meerespolitik“, „Maritime Wirtschaft, Wissenschaft und Umwelt“ und „Handlungs- und zielorientierte Auswertung der Arbeitsgruppen und des Hospitationsprojektes“ vor.

Zusammenfassend betont er, dass die Partnerregionen der Südlichen Ostsee auf einem guten Weg seien. Schleswig-Holstein habe verlässliche Partner gefunden. Die Erwartungen an das 4. Parlamentsforum Südliche Ostsee seien sehr groß. Er sei jedoch zuversichtlich, dass der Schleswig-Holsteinische Landtag diese Erwartungen nicht enttäuschen werde.

Abg. Fischer begrüßt den vorliegenden Entwurf für den Ablauf der Tagung. Er nimmt außerdem Bezug auf die letzte Sitzung des Europaausschusses und die Information durch das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume zur Meeresstrategie-Richtlinie und möchte wissen, ob es inzwischen die angekündigte abgestimmte Stellungnahme der norddeutschen Küstenländer zur Meeresstrategie-Richtlinie gebe. Die Vorsitzende sagt zu, dem nachzugehen.

Abg. Ritzek möchte wissen, ob auch Vertreter der drei anderen norddeutschen Parlamente zum Parlamentsforum Südliche Ostsee eingeladen würden. LP Kayenburg antwortet, Vertreter aus dem niedersächsischen Landtag und der Bremischen Bürgerschaft seien nicht angesprochen worden, die Hamburger Bürgerschaft werde durch vier Mitglieder vertreten. Falls der Europaausschuss den Wunsch äußere, auch Vertreter der anderen Landtage einzuladen, werde man dem gern nachkommen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Berichte über die

BSSSC-Jahreskonferenz, 20. bis 22.10.2005 in Szczecin (Stettin, Polen)

Berichterstatter: Abg. Herbst

Abg. Herbst berichtet, Themenschwerpunkte der BSSSC Jahreskonferenz, 20. bis 22. Oktober 2005 in Szczecin (Stettin, Polen) seien die Ostseezusammenarbeit und Kohäsionspolitik gewesen. Hierzu habe es verschiedene Vorträge von hochrangigen Referenten gegeben. Insgesamt stelle die Konferenz eher eine Art Austauschforum für die Vertreter der unterschiedlichsten regionalen Ebenen der Länder dar und nicht ein Arbeitsgremium mit konkreten Arbeitsaufträgen.

Als besonders interessant habe er den Vortrag eines Vertreters der Universität Shanghai empfunden, der deutlich gemacht habe, dass die Ostseeregion von Außenstehenden nicht unbedingt als „Nabel der Welt“ wahrgenommen werde. Abg. Herbst hebt besonders die positive Rolle der ehemaligen Abgeordneten Frau Dr. Kötschau hervor, die in der Ostseeregion als eine Art „Türöffner“ fungiere.

Insgesamt stellt Abg. Herbst fest, Schleswig-Holstein sei sehr gut vertreten gewesen, insbesondere auch im Jugendbereich durch Vertreter des Landesjugendrings, und habe die Chance genutzt, Kontakte für die Zukunft zu knüpfen und seine Interessen einzubringen.

„Arbeitsgruppe Eutrophierung“ der Ostseeparlamentarierkonferenz, 1. Arbeitsgruppensitzung am 10./11. Januar 2006 in Helsinki

Berichterstatter: Abg. Bernstein

Abg. Bernstein berichtet über die 1. Arbeitsgruppensitzung der „Arbeitsgruppe Eutrophierung“ der Ostseeparlamentarierkonferenz am 10./11. Januar 2006 in Helsinki, deren Aufgabe es sei, die lokalen und regionalen Netzwerke in diesem Bereich an einen Tisch zu bringen und da, wo die Arbeit noch nicht ausreiche, die nationalen Parlamente an das Thema heranzuführen.

An dieser 1. Sitzung hätten Vertreter der nationalen Parlamente aus Norwegen, Finnland, den Baltischen Staaten, aus Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein teilgenommen. Polen, Russland und Weißrussland seien dagegen leider nicht vertreten gewesen. Es sei jedoch der Beschluss gefasst worden, zur nächsten Tagung ausdrücklich auch Vertreter dieser Regionen, die als Verursacher vieler Einflüsse auf die Ostsee gelten, einzuladen.

Darüber hinaus habe die Arbeitsgruppe beschlossen, zunächst eine Übersicht der schon vorhandenen Daten in diesem Bereich zu erstellen. Die Arbeitsgruppe solle im August der Ostseeparlamentarierkonferenz einen Zwischenbericht vorlegen. Für Winter 2006/2007 sei vorgesehen, die Thematik – eventuell auch unterstützt durch verschiedene Veranstaltungen – in den nationalen Parlamenten zu beraten. Die Ostseeparlamentarierkonferenz werde dann voraussichtlich im August 2007 darüber beschließen.

Abg. Bernstein berichtet weiter, in einem Vergleich der Phosphat- und Nitrateinträge der verschiedenen Länder stehe Schleswig-Holstein sehr gut dar und deshalb bestehe für das Land momentan auch wenig Handlungsbedarf. Im Rahmen der Arbeitsgruppe, komme Schleswig-Holstein deshalb eher die Funktion zu, wenn gewünscht, Hilfestellung zu leisten und die Position des Landes dazu zu nutzen, Polen, Russland und Weißrussland mit an den Verhandlungstisch zu bekommen.

Abg. Spoorendonk betont, dass auch Schleswig-Holstein ein existentielles Interesse daran habe, die Schiffssicherheit in der Ostsee zu verbessern und den Lebensraum Ostsee zu erhalten beziehungsweise wieder sicherer zu machen. Sie hält es deshalb für notwendig, dass sich auch die Gremien des Landtages noch einmal mit den Ergebnissen der Arbeitsgruppensitzung befassen.

Abg. Bernstein weist noch einmal darauf hin, dass die Arbeitsgruppe im August 2006 den Zwischenbericht für die Ostseeparlamentarierkonferenz vorlegen wolle. Er halte es für sinnvoll diesen Zwischenbericht gleichzeitig auch den Ausschüssen des Landtages zuzuleiten.

Im Zusammenhang mit der Frage von Abg. Spoorendonk, wie es zu der Vertretung des Schleswig-Holsteinischen Landtages durch Abg. Bernstein in der Arbeitsgruppe Eutrophierung gekommen sei, führt LP Kayenburg aus, er habe die Einladung an den umweltpolitischen Sprecher der CDU-Fraktion weitergeleitet und gehe davon aus, dass das Parlament damit einverstanden sei, sich beim nächsten Mal durch den umweltpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion vertreten zu lassen.

Punkt 5 der Tagesordnung;

Verschiedenes

Der Ausschuss beschließt, dem Europaausschuss der der Hamburger Bürgerschaft als Termin für eine gemeinsame Sitzung Mittwoch, den 30. August 2006, 16:00 Uhr, vorzuschlagen.

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, schließt die Sitzung um 11:55 Uhr.

gez. Astrid Höfs
Vorsitzende

gez. Dörte Schönfelder
Geschäfts- und Protokollführerin